

KOLUMBIEN

## „Zone der Entspannung“

Staatspräsident Andrés Pastrana, 44, über Friedensgespräche mit der Guerrilla und die deutschen Vermittlungen

**SPIEGEL:** Welche Rolle spielt der ehemalige Kanzleramtsminister Bernd Schmidbauer bei den Bemühungen um die Freilassung von 64 Geiseln, die sich in den Händen von Guerrilleros des „Nationalen Befreiungsheers“ (ELN) befinden? **Pastrana:** Schmidbauer hat versucht, humanitären Beistand zu leisten. Wir haben die Guerrilla aufgefordert, alle Geiseln aus humanitären Gründen freizulassen.

**SPIEGEL:** Werden Schmidbauer oder der Privatagent Werner Mauss bei Friedensgesprächen mit dem ELN vermitteln?

**Pastrana:** Solche Gespräche kommen erst nach der bedingungslosen Freilassung aller Geiseln in Frage. Jede Beteiligung

Deutschlands daran wird von Regierung zu Regierung vereinbart, nicht mit Privatpersonen. Darauf habe ich mich mit Kanzler Schröder verständigt.

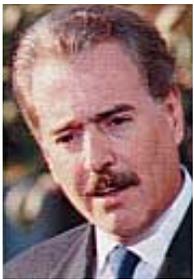
**SPIEGEL:** Mit der größten Guerrillabewegung Kolumbiens, den „Revolutionären Streitkräften“ (Farc),

sind Sie schon im Gespräch. Wird die Europäische Union dabei helfen?

**Pastrana:** Ich habe meinen europäischen Kollegen beim Gipfeltreffen in Rio den „Kolumbien-Plan“ zur Unterstützung des Friedensprozesses unterbreitet. Er enthält Punkte, die auch für Europa wichtig sind: Die Farc haben vorgeschlagen, den Coca-Anbau einzudämmen und ein Abkommen zum Schutz der Umwelt zu schließen. Wir wollen mit der EU finanzielle Hilfe für diesen Plan aushandeln.

**SPIEGEL:** Sie haben den Farc ein riesiges Gebiet im Süden überlassen. Droht jetzt die Balkanisierung Kolumbiens?

**Pastrana:** Nein. Mit der „Entspannungszone“ haben wir einen Platz geschaffen, wo Regierung und Guerrilla gefahrlos miteinander reden können. Ich war schon dreimal dort. Der Sprecher des US-Kongresses, fünf Botschafter, Vertreter der Medien, der Industrie, ja sogar der Chef der New Yorker Börse haben sich dort mit der Guerrilla getroffen. Das zeigt, daß wir allmählich zu einer gemeinsamen Sprache finden. Am 7. Juli beginnen offiziell die Gespräche mit den Farc, wir werden uns dann hoffentlich rasch auf ein Datum für die Aufnahme von Verhandlungen verständigen.



Pastrana

G. DEBERLE / GAMMA / STUDIO X



REUTERS

Rekrutierung von Soldaten in Kinshasa, Kabila (r.)

KONGO

## Ringeln um Frieden

**H**offnungsschimmer für das blutende Herz Afrikas: Im neutralen Sambia verhandeln die in den Krieg um die Region der Großen Seen verwickelten Staaten über ein Friedensabkommen. Auf der einen Seite steht der Kongo des Diktators Laurent Kabila mit Simbabwe, Angola und Namibia; auf der anderen nehmen Ruanda und Uganda als Paten der Anti-Kabila-Rebellen teil, die erstmals auch selbst vertreten sind. Schon hat die Uno Pläne für eine 30 000 Mann starke Blauhelmsuppe ausgearbeitet, Südafrika will dafür Friedenssoldaten bereitstellen. Doch noch ist kein Waffenstillstand in Sicht. Im Gegenteil: Simbabwe schickte vorige Woche weitere 3000 Soldaten zur Unterstützung Kabilas an den Kongo. Sie sollen die Offensive ruandischer Truppen auf die Diamantenstadt Mbuji-Mayi stoppen; mit den Edelsteinen kann Kabila seinen Krieg bezahlen. Im östlichen Kongo dämpfen neue Konflikte die Aussichten auf Frieden: Rivalisierende Rebellengruppen bekämpfen sich gegenseitig und treiben täglich Hunderte zur Flucht ins benachbarte Tansania.



G. ULUTUNCOK / LAIF

TÜRKEI

## Trumpfkarte Öcalan

**A**nkara überlegt, den zum Tode verurteilten PKK-Chef Öcalan langfristig als diplomatischen Joker einzusetzen – so eine Studie, die derzeit im türkischen Außenministerium vorbereitet wird. Demnach verfolgt die Türkei in der Affäre Öcalan eine „Drei-Phasen-Strategie“: Die Phasen eins (Öcalans Festnahme) und zwei (Auflösung der PKK) seien erfolgreich abgeschlossen; in Phase drei gehe es nun darum, „Öcalan zu verwenden“. Im Falle Griechenlands habe diese Taktik bereits Früchte getragen: Mit Hilfe von Öcalans Aussagen während seines Prozesses sei es gelungen, internationalen

Druck auf Athen zu erzeugen – der vergangene Woche schließlich zur Einigung auf eine Zusammenarbeit bei der Terrorbekämpfung geführt hat. Ähnlich könne man künftig auch mit anderen Ländern umgehen, die laut Öcalan die PKK bislang unterstützt hätten. Vor allem die absehbare Zurückweisung des Todesurteils durch den Europäischen

Gerichtshof für Menschenrechte sei als außenpolitisches „Vehikel“ nutzbar. Eine übereilte Hinrichtung Öcalans, so zitiert die Istanbuler Zeitung „Cumhuriyet“ einen hohen Diplomaten, könne Ankaras „Trumpfkarte anderen in die Hände spielen“ und die europäischen Aussichten der Türkei „verderben“. Alle außen-, innen- und sicherheitspolitischen Aspekte zusammengenommen, so das Ergebnis der Studie, sei von einer Hinrichtung Öcalans abzuraten.



Anti-Öcalan-Demo

AFP / DPA